



Pro-Mosel  
**Bürgerinitiative gegen den Hochmoselübergang**  
<http://www.pro-mosel.de>

Kontakt: Georg Laska, [kontakt@pro-mosel.de](mailto:kontakt@pro-mosel.de), Tel.: 06532 1598  
Dr. Elisabeth Reis, [reis.zeltingen-rachtig@freenet.de](mailto:reis.zeltingen-rachtig@freenet.de), Tel.: 06532 3339  
Heidelind Weidemann, [heide.weidemann@web.de](mailto:heide.weidemann@web.de), Tel.: 06532 93 146

20. September 2010

### **Aus Vernunft die Notbremse ziehen**

Ürzig/Zeltingen-Rachtig/Bernkastel-Kues. Am vergangenen Sonntag (19. September 2010) konnte die Initiative Pro-Mosel die 20.000ste Unterschrift gegen den Bau des Hochmoselübergangs verzeichnen. Das hoch umstrittene und gut 300 Millionen Euro teure Mammutprojekt stößt weit über die Region hinaus auf herbe Ablehnung. Unverständlicherweise lässt die rheinland-pfälzische SPD-Landesregierung - trotz anhaltender internationaler Kritik - kein Einlenken erkennen. „Wir haben es hier mit einem der absurdesten Bauprojekte Deutschlands zu tun. Selten wurde ein derart großer Schaden für eine Kulturlandschaft in Kauf genommen, wie es hier an der Mittelmosel geschehen soll.“, sagte der Vorsitzende der Bürgerinitiative Georg Laska. Bereits zu Beginn der Planungen vor 40 Jahren gab es ungewöhnlich großen Widerstand aus allen Teilen der Bevölkerung.

Für das Kernstück der Neubaustrecke, die 160 Meter hohe und 1,7 Kilometer lange Betonbrücke, steht nun die Auftragsvergabe an. „Wir warnen eindringlich davor, aus taktischen Gründen Steuermillionen in den Wind zu blasen. Hier sollen mutwillig Fakten geschaffen und der Protest erstickt werden, doch diese Rechnung wird nicht aufgehen.“, so Laska. Zur Debatte stehen nicht nur beachtliche Verluste im Tourismus der betroffenen Moselregion; es droht darüber hinaus ein Imageschaden für den deutschen Moselwein sowie für Deutschland als Kulturnation insgesamt. Noch am 31. August 2010 hatte die rheinland-pfälzische Landesregierung in einer Pressemitteilung betont: "Die Tourismuszahlen belegen Jahr für Jahr, dass die Mosel die attraktivste Tourismusregion des Landes ist." Wenig nachvollziehbar und fast schon schizophren erscheint deshalb die Absicht, an einem derart veralteten Bauprojekt unverändert festzuhalten.

Die Rechtfertigung des Bauvorhabens steht mittlerweile auf tönernen Füßen: überzogene Verkehrsprognosen, ein Gefälligkeitsgutachten, das gegen alle Vernunft Vorteile für den Tourismus erkennen will, und das längst nicht mehr gültige Argument, es werde eine Fernverbindung von den belgisch-niederländischen Häfen ins Rhein-Main-Gebiet geschaffen. Tatsächlich wäre es eine Umwegstrecke, die wegen ihres Verlaufs und ihrer Ausbauplanung nicht mit den existierenden Autobahnen konkurrieren könnte.

Der britische Weinpapst Hugh Johnson fand deutliche Worte: „Einen Vandalismus, wie er jetzt geplant ist, habe ich niemals für möglich gehalten - in Form einer Brücke über den wertvollsten und renommiertesten Riesling-Weinbergen.“ Prof. Heiner Monheim, Verkehrsexperte, hält die Straße für „ein Stück aus dem Tollhaus“. Publizist und Historiker Michael Stürmer, der ehemalige Bundesaußenminister Joschka Fischer, die Weinexperten Jancis Robinson und Stuart Pigott sowie die Top-Winzer Ernst Loosen, Katharina Prüm und der Verband Deutscher Prädikatsweingüter (VDP) warnen eindringlich vor den Bauplänen, die jede Rücksichtnahme vermissen lassen.

Während die drei im rheinland-pfälzischen Landtag vertretenen Parteien SPD, CDU und FDP auf ihrer Entscheidung für den Bau verharren, bekräftigten die Bündnisgrünen in Berlin ihre Forderung nach einem sofortigen Baustopp. Viele Institutionen Deutschlands drängen auf ein Einlenken der Politik, darunter die evangelische Kirche, der BUND, der VCD, der Rheinische Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz. Die Kulturpolitische Gesellschaft in Bonn machte mit dem Titelbild ihrer Monatsschrift auf das Problem aufmerksam (Titel: »Kulturnation« – »Staatsnation«).

Die Landesregierung hat es in der Hand, Schaden zu vermeiden und das Geld für effektivere Verkehrsprojekte auszugeben. Ohne Not – jetzt, da Berlin im Rahmen der Petition noch prüft – finanzielle Bindungen einzugehen, wäre verantwortungslos.